

Zeitschrift: Schweizer Schule

Band: 61 (1974)

Heft: 13

Rubrik: Aktuelle Kurzmeldungen der "schweizer schule"

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Evangeliums seien wesentlich für ihre «Vollendung». Sie müsse sich an Christus orientieren, der ein «Modell» der Gerechtigkeit und der sozialen Gleichheit in einer absoluten Weise in Armut und Nächstenliebe gewesen sei, ein Zeuge des Friedens und des Dialogs, ein Zeichen der Versöhnung und Vergebung. Auf der Basis dieser Anthropologie müsse sich heute die katholische Schule neu definieren. Hierzu sei sie durch die gegenwärtige Entwicklung der Gesellschaft und der Kirche gezwungen. Das schliesse ihren Auftrag ein, an der Erneuerung der Strukturen der Erziehung mitzuwirken. Die Schule in freier Trägerschaft habe

Freiheiten gegenüber einer bürokratischen Zentralisierung, die sie bei der Entwicklung von Curricula, bei der Erneuerung der Methoden und beim Sammeln von pädagogischen Erfahrungen ausnutzen und dem allgemeinen Bildungswesen zugute bringen müsse. Mit dieser Kreativität solle sie ihre Aufgabe verbinden, Werte zu vermitteln und zu entwickeln. Sie müsse immer wieder die Sinnfrage im ganzen Bildungsprozess wachrufen und nach einer Antwort suchen. Damit könne sie einen wirksamen Beitrag zum «gemeinsamen Markt der Erziehung» leisten.

Heinz Brauburger in SK Nr. 5/6, Mai 1974

Aktuelle Kurzmeldungen der «schweizer schule»

CH: Probleme des zweiten Bildungsweges

Die Konferenz der Direktoren der als Höhere Technische Lehranstalten (HTL) eidgenössisch anerkannten Abendtechniken hat an ihrer kürzlich in Zürich abgehaltenen Frühjahrstagung Probleme des zweiten Bildungsweges bearbeitet. Es waren das die Voraussetzungen, Vorbereitungen und Aufnahmebedingungen für das berufsbegleitende Studium; die Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Schule zur Förderung des Unterrichtserfolges; die Weiterbildung von Dozenten; die Lehrmittelkoordination; der Austausch von Prüfungsunterlagen sowie das Nachdiplomstudium von HTL-Absolventen. Die Konferenz erachtet die Aufwertung der Berufslehre mit der Verbesserung der Übertrittsmöglichkeiten für fähige Berufsleute in HTL als sinnvolle Alternativlösung zum überbewerteten Weg Mittelschule-Hochschule.

Wie festgestellt wurde, hat ein bemerkenswert hoher Anteil an mittlerem und oberem Kader sich nicht durch ein Hochschulstudium, sondern durch eine gute Lehre mit anschliessendem HTL-Studium auf den Beruf vorbereitet. Die Bedeutung des berufsbegleitenden Studiums in der Schweiz belegen die Zahlen von 1972. An Tages-HTL waren 5066 Studierende oder 71 Prozent, und an Abend-HTL 2018 Studierende oder 29 Prozent immatrikuliert. Die Zahl der Diplomanden an Tages-HTL betrug 1213 oder 74 Prozent, jene an Abend-HTL 415 oder 26 Prozent. Jeder vierte Absolvent einer HTL hat somit die anspruchsvolle und von

der Wirtschaft entsprechend gewertete Ausbildung mit Erfolg an einem schweizerischen Abendtechnikum (Abend-HTL) abgeschlossen.

CH: Schulabkommen für die Kantone der Nordwestschweiz

Die nordwestschweizerische Erziehungsdirektorenkonferenz hat eine Vereinbarung für ein regionales Schulabkommen verabschiedet, das eine optimale Auslastung des in der Region angebotenen Schulraumes und eine Zusammenarbeit bei der Planung neuer Schulen anstrebt. Gleichzeitig wurden einheitliche Schulgelder festgelegt. Der Vertragsentwurf wurde den Regierungen der angeschlossenen Kantone Aargau, Basel-Land, Basel-Stadt, Bern, Freiburg, Luzern und Solothurn zur Genehmigung und Beschlussfassung unterbreitet.

Die Konferenz beschloss ferner, der Empfehlung der schweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) zu folgen und den Mitgliederkantonen nahezu legen, dass den Abgangszeugnissen bei Schulwechsel ein Ergänzungsblatt beigelegt wird, das zusätzliche Angaben enthält, die der neuen Schule die harmonische Eingliederung des Kindes erleichtern und Auskunft über seinen Ausbildungsstand und die angewandten Lehrmethoden geben.

CH: Koordinierte Hochschulplanung

Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für Koordination im Hochschulbau (SAKH) soll – vor

allem im Rahmen der Gesetzgebung über die Hochschulförderung – für die notwendigen Unterlagen beigezogen werden. Die Arbeitsgemeinschaft, die von den Bau- und Erziehungsdirektionen der Hochschulkantone sowie von Planungsstellen der Eidgenössischen Technischen Hochschulen getragen wird, hat die einzelnen Universitäten zu beraten und gleichzeitig gesamtschweizerische Lösungen zu realisieren. Dies ist das Ergebnis einer Aussprache anlässlich der Generalversammlung der SAKH in Bern.

CH: LM-Initiative wurde zurückgezogen

Die Initiative für das Lausanner Modell (LM) einer elternunabhängigen, bundeseinheitlichen Studienfinanzierung wurde zurückgezogen. Ein Sprecher des Kleinen Studentenrates der Universität Zürich (KStR) erklärte auf Anfrage, dass sich die Rückzugsberechtigten zu diesem Schritt entschlossen hätten.

Dagegen teilte der Vorstand des Verbandes der Studierenden an der Eidgenössischen Technischen Hochschule in Zürich (VSETH) mit, dass sich der Delegiertenkonvent des VSETH mit grossem Mehr für die Mitwirkung an einer Abstimmungskampagne ausgesprochen habe. Die zum Rückzug der Initiative Berechtigten wurden aufgefordert, am Volksbegehren festzuhalten. Eine Kampagne sei das beste Mittel, eine Diskussion in breiter Öffentlichkeit zu führen. Die eidgenössischen Räte hätten dem Lausanner Modell einen bildungspolitischen Wert zum vornherein abgesprochen. Finanzpolitisch sei wohl der Preis, nicht aber die Wichtigkeit im Vordergrund gestanden. «Die Ablehnung der berechtigten Forderungen darf nicht durch den Rückzug der Forderungen bestätigt werden.»

LU: Ringier steigt bei IPU ein

Die IPU-Aktiengesellschaft (Institut für Programmierten Unterricht) hat ihr Grundkapital von 2,3 auf 5 Mio Franken erhöht. Am Kapital sind verschiedene Luzerner Gruppen und schweizerische Unternehmungen beteiligt. Darunter befindet sich mit einem massgeblichen Anteil auch der Ringier-Verlag, Zofingen. Präsident der IPU-Unternehmungsgruppe ist seit der Gründung Nationalrat Alfons Müller-Marzohl; die Leitung liegt von Anfang in den Händen von G. A. Wörndli, Direktor und Delegierter.

Die IPU-Gruppe umfasst neben der IPU-Aktiengesellschaft die IPU AG für Fern- und Tagesschulen, die IPU-Verlags-AG und die IPU AG für Innerbetriebliche Ausbildung. Durch die Kapitalerhöhung soll eine Erweiterung der Verlagstätigkeit ermöglicht werden.

ZG: Der Zuger Kantonale Lehrerverein hat einen neuen Präsidenten

Zum sechsten und letzten Male leitete Alfred Bachmann die Generalversammlung des Zuger Kantonalen Lehrervereins. Als äusserst initiativer und weitsichtiger Präsident vertrat er während fünf Jahren die Interessen der Lehrerschaft des Kantons Zug. Zu seinem Nachfolger wurde Bruno Tschofen, Zug, gewählt. Bundesrat Dr. Hans Hürlimann wurde für seine ausserordentlichen Verdienste um Schule und Lehrerschaft zum Ehrenmitglied ernannt.

Auf grösseres Interesse als die ordentlichen Berichte stiess der Hinweis auf die geplante Änderung der Pflichtstundenzahl und die damit verbundene besoldungsmässige Gleichstellung von Lehrerinnen und Lehrern.

Dass Probleme weltanschaulicher Art auch den Schulunterricht beeinflussen, zeigte die Diskussion über den Bibelunterricht. Lehrern, die aus Gewissensgründen dieses Fach nicht mehr erteilen können, soll die Möglichkeit zum Fächerabtausch geboten werden. Ihre Einstellung darf nicht dazu führen, dass Schulkinder den Bibelunterricht entbehren müssen.

FR: Finanzfragen und Strukturprobleme an der Universität Freiburg

Die Studienkommission für die Plafonierung der Universitätsausgaben hat die möglichen Kriterien einer Plafonierung aufzustellen und dem Staatsrat entsprechende Vorschläge zu unterbreiten. Von einer wünschenswerten Plafonierung der Hochschulausgaben ist bekanntlich im Freiburger Grosse Rat bereits die Rede gewesen.

Die Studienkommission für die theologische Fakultät hat die Neustrukturierung der Fakultät zu studieren. Ihr Mandat kann wie folgt skizziert werden: erstens einmal sich mit den Problemen befassen, die sich aus dem Statut der Fakultät und der Abmachung zwischen dem Staat Freiburg und dem Generalmagister des Dominikanerordens ergeben; zweitens hat die Kommission die Fragen zu studieren, die mit der Lehr- und Forschungsfreiheit in theologischen Belangen zusammenhängen, und drittens hat die Kommission die Grundsätze aufzustellen, die als Basis für ein neues Fakultätsstatut dienen könnten und selber einen oder mehrere Entwürfe eines solchen Statuts vorlegen.

BS: Numerus clausus an der Universität Basel

Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt hat nach einer vierstündigen Debatte in namentlicher Abstimmung die Ermächtigung des Regierungsrates zur Einführung des Numerus clausus und von Beschränkungen der Studiendauer an der Universi-

tät gutgeheissen. Der Beschluss wurde mit 83 Ja gegen 23 Nein gefasst, doch dürfte es zu einer Volksabstimmung über diese Frage kommen, denn von studentischer Seite ist bereits vorher die Ergreifung des Referendums angekündigt worden.

BS: Basels erstes Regionalgymnasium

Mit der Einweihung des auf der Gemeindegrenze von Riehen und Basel liegenden Bäumlihof-Gymnasiums hat das Schulhausbauprogramm der Basler Regierung aus den fünfziger Jahren seinen Abschluss gefunden. Das «jüngste Kind» unter den Basler Schulen ist zugleich das erste Gymnasium auf Kleinbasler Boden und das einzige Regionalgymnasium.

Das mit einem Gesamtaufwand von 45 Millionen Franken realisierte Gymnasium konnte fristgerecht eröffnet werden. Die für 1800 Schüler konzipierten Neubauten wurden in zwei Etappen erstellt: im Frühjahr 1973 konnten die Turn- und Schwimmanlagen bezogen werden, und im Herbst des gleichen Jahres wurden die Klassentrakte sowie der Spezialtrakt bezogen. Das Grundstück hat eine Gesamtfläche von 75 000 Quadratmetern, wovon rund 36 500 überbaut sind. Die restliche Fläche umfasst Pausenhof, Arena, Grünanlagen und den noch zu erstellenden Sportplatz.

In enger Zusammenarbeit mit den Pädagogen entstand eine Schulkonzeption, die für den Kanton Basel-Stadt Neuland bedeutete. Erstmals wurde eine klare Unterscheidung zwischen Progymnasium, Mittel- und Oberstufe getroffen. Die allen Stufen gemeinsamen Räume wurden in einem Spezialtrakt zusammengefasst. Ein vierköpfiger Leitungsstab sorgt für die reibungslose Funktion dieser – im guten Sinne – grössten Basler «Schulfabrik», die im Vollausbau bis zu zehn Parallelklassen beiderlei Geschlechts beherbergen soll.

AG: Mehr Teuerungszulage für Beamte und Lehrer

Im Zusammenhang mit dem Gesuch um die Bewilligung einer ersten Serie von Nachtragskreditbegehren ersucht der aargauische Regierungsrat den Grossen Rat, eine generelle Besoldungsanpassung für die Beamten, Angestellten und Lehrer des Kantons Aargau ab 1. Juli 1974 vorzunehmen, was Mehraufwendungen von 9,3 Mio Franken bedingt. Zurzeit wird im Aargau auf den Grundbesoldungen eine laufende Teuerungszulage von 41 Prozent ausgerichtet, womit die Teuerung bis zum Indexstand von 141 Punkten ausgeglichen ist. Diese Teuerungszulage soll ab 1. Juli 1974 auf 50 Prozent der Grundbesoldung erhöht werden.

Ein weiteres Nachtragskreditbegehren in der Hö-

he von 1,95 Mio Franken bezieht sich auf höhere Leistungen des Kantons an die Eidgenössische AHV und IV.

AG: «Leitstelle» für Mathematik-Unterricht

Der Aargauer Erziehungsrat hat eine sechsköpfige Leitstelle für Mathematik-Unterricht eingesetzt, welche den Auftrag hat, die Schaffung und Einführung neuer Lehrmittel für Mathematik-Unterricht auf der Volksschulstufe zu prüfen und zu fördern. Die Leitstelle ist verpflichtet, diese Aufgabe «in möglicher Abstimmung auf interkantonale Koordinationsbestrebungen» zu lösen.

Erstmals im Aargau wurde auch eine kantonale Schulturnkommission bestellt. Als Zweitinstrument an den Seminarien wird auf Beschluss des Erziehungsrates nun auch Blockflöte eingeführt, um so den Musikunterricht an der Oberstufe der Volksschule zu fördern.

AG: Aargauer Schulbau-Auftrag unter der Lupe

Der vor kurzem durch den aargauischen Regierungsrat vergebene Grossauftrag von 50 Millionen Franken für Schulbauten in Zofingen, Brugg und Baden wird durch eine grossrätliche Kommission einer eingehenden Untersuchung unterzogen. Wie die Geschäftsprüfungskommission des Kantonsparlaments mitteilte, soll vor allem abgeklärt werden, ob die kantonalen Submissionsverfahren eingehalten worden sind. Im weitern will die Kommission prüfen, ob der Vorwurf zutrifft, nach welchem der Regierungsrat nicht die günstigste Offerte berücksichtigt habe. Dieser Vorwurf soll von einem unabhängigen Experten geklärt werden. Der Millionenauftrag war an die Firmen Mobag (Zürich) und Omnibau (Brugg) vergeben worden.

AG: Anhaltender Lehrermangel

Zu Beginn des Schuljahres 1974/75 waren im Aargau insgesamt 178 volle Lehrstellen auf der Volksschulstufe nicht fest besetzt. In den meisten Fällen konnten jedoch Stellvertreter für die vakanten Stellen gefunden werden. Damit hält sich der Lehrermangel im Aargau gegenüber den Vorjahren auf gleicher Höhe, wie aus einer Erhebung des kantonalen Erziehungsdepartements hervorgeht.

Auf der Primarschulstufe waren 57 bewilligte Lehrstellen zu Beginn des Schuljahres nicht regulär besetzt. Besonders stark macht sich der Lehrermangel auf der Sekundarschulstufe bemerkbar, nachdem mit der Einführung des 9. Schuljahres neue Stellen geschaffen werden

mussten. Hier stieg die Zahl der Vakanzen von 20 im Jahre 1971 auf 43 im laufenden Schuljahr an. An den Bezirksschulen müssen 1298 Stunden, was 46 vollen Pensen entspricht, durch Aushilfskräfte erteilt werden. 1973 schieden 294 Lehrkräfte aus dem Schuldienst aus, während 290 neu eintraten.

VD: Lausanner Schüler mit Schulsystem unzufrieden

Eine Schülergruppe der Lausanner Mittelschulen hat alle ihre Schulkollegen zu einer Versammlung eingeladen, an der sie die ersten Schlussfolgerungen ihrer Studien für die Schulreform darlegten. Die Gruppe Coordec (Schulkoordination) ist

der Ansicht, dass die Schule den Schüler nicht lehrt, sein Leben zu bewältigen. Ihr erstes Ziel sei vielmehr, ihn in die als unveränderbar betrachtete Gesellschaft zu integrieren und die Trennung zwischen den Personen verschiedener sozialer Klassen aufrechtzuerhalten.

An der von etwa 200 Schülern, Eltern, Lehrern und Gewerkschaftsvertretern besuchten Versammlung wurde weiter kritisiert, dass das jetzige Schulsystem repressiv sei und klare Wertunterschiede zwischen manueller und geistiger Arbeit mache. Unter den jetzigen Verhältnissen würden die Reformversuche in Rolle und in Vevey die Selektion nur noch verschärfen. Die Gruppe Coordec fordert einen echten Dialog mit den Behörden und der Lehrerschaft.

Schule und Weltanschauung *

Waldemar Molinski

Nachdem man sich in den letzten Jahren daran gewöhnt hat, Umorganisation und Strukturveränderungen im Schulwesen als Domäne von Spezialisten anzusehen, horchen weitere Kreise in dem Moment auf, wo Bildungspläne für bestimmte Schulformen bekannt werden und man merkt, dass es um Bildungsinhalte geht. Auf dem Hintergrund von Diskussionen, wie sie in der Bundesrepublik um die «Rahmenrichtlinien» (ausgehend von Hessen jetzt auch in Nordrhein-Westfalen) geführt werden, ferner im Hinblick auf ein neues Buch des einflussreichen Bielefelder Pädagogen Hartmut von Hentig über die Notwendigkeit der Demokratisierung in der Schule, gewinnen die folgenden Ausführungen ihre Aktualität. Dabei gilt es zunächst, auf die Vernachlässigung weltanschaulicher Probleme in der Unterrichtsforschung und auf deren Verschleierung in der Schulpolitik hinzuweisen, bevor (in einem zweiten Teil) die positiven Ziele angesteuert und deren allseitige Diskussion angestachelt werden sollen. Der Verfasser, *Dr. Waldemar Molinski*, ist Professor für katholische Theologie und ihre Didaktik an der Gesamthochschule Wuppertal. Das in diesem Artikel offen gelassene, jedenfalls nicht ausdrücklich genannte Thema der freien Schulen in kirchlicher Trägerschaft wird *Molinski* ausführlich im Handbuch für Religionspädagogik behandeln, das im Benziger- und Mohnverlag erscheint.

(Red.)

ne von Charakter- und Persönlichkeitsbildung geringer einzustufen als herkömmlicherweise. Man wird sich nämlich zunehmend bewusst, dass die für die Erziehung grundlegenden Werteinstellungen und Verhaltensweisen in hohem Masse durch diejenigen Erzieher grundgelegt werden, mit denen sich das Kind und die Heranwachsenden ganzheitlich und emotional identifizieren. Das aber sind vornehmlich die Eltern und Freunde, die weltanschaulichen Gruppierungen und sozialen Kreise, mit denen sie in enger Gemeinschaft leben. Eine solche Identifikation findet mit der Schule und speziell mit den Lehrern nur in begrenztem Umfang statt, zumal wenn diese häufig wechseln, die einzelnen Schüler nur partiell angesprochen werden und Schule bzw. Lehrer in einen als unerträglich empfundenen Widerspruch zu den Grundbefindlichkeiten der Schüler – gerade auch im weltanschaulichen Bereich – geraten.

Gleichzeitig schätzt man die Ausbildungsmöglichkeiten der Schule höher ein, und zwar aufgrund der wissenschaftlichen Fortschritte in der Didaktik, das ist die Lehre von der Vermittlung der Bildungsinhalte, und der Methodik des Unterrichts, für den heute im allgemeinen weit mehr und vielfältigere technische Hilfsmittel zur Verfügung stehen als früher. So kommt es, dass der Unterricht

Heutzutage neigt man aufgrund der Ergebnisse empirischer Untersuchungen dazu, die Erziehungsmöglichkeiten der Schule im Sin-